



Niederschrift

48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 18.04.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Klaus Rietz	ANW	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Franziska Schneider	Familienpartei	
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	
Herr Jan Wendt	Die Andere	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Marcus Krause	SPD
--------------------	-----

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	Aktionsbündnis N/W
Herr Manfred Kleinert	Aktionsbündnis N/W
Frau Jacqueline Krüger	FDP
Herr Andreas König	Behindertenbeirat
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten
Herr Wolfgang Schwarze	DIE LINKE
Herr Wolfgang Schütt	CDU
Herr Rolf Sterzel	Einzelbewerber
Herr Andreas Vogel	DIE LINKE
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Holger Wolinski	SPD

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesun dheit
---------------------------------	--

- Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Berichte und Informationen
- 4.1 Bericht über geplante Baumpflanzungen im Frühjahr 2013
- 4.2 Information zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners in der LHP
- 4.3 Information zur Befragung zur Straßenreinigung
- 4.4 Verkehrssicherheit Ausfahrt Möbelhaus PORTA
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den stellv. Ausschussvorsitzenden, Herrn Jäkel.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.03.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der stellv. Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 14.03.2013

Da es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt, bittet Herr Jäkel um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Jäkel informiert, dass die Fraktion Potsdamer Demokraten um Aufnahme der DS 13/SVV/0203 „Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV“ in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des KOUL-Ausschusses gebeten hat. Er schlägt vor, die Drucksache nicht aufzunehmen, da sich die Ausschussmitglieder nicht vorbereiten konnten.

Herr Kirsch beantragt, die Drucksache in der nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses zu beraten.

Herr Jäkel bittet um Abstimmung darüber, dass die Drucksache in der heutigen Sitzung beraten wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 3

Anschließend bittet er um Abstimmung darüber, dass die DS 13/SVV/0203 in der Sitzung des KOUL-Ausschusses am 16.05.2013 behandelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

Frau Müller-Preinesberger verweist auf den Wunsch von Herrn Menzel, über den Sachstand der Bearbeitung des Boden- und Grundwasserschadens auf dem ehemaligen Kasernengelände Kramnitz zu berichten. Sie bittet dies auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses zu setzen, um das Öffentlichkeitsgebot einzuhalten und auch der Verwaltung Gelegenheit zu geben, sich umfassend vorbereiten zu können.

Herr Kirsch fragt, ob im Vorfeld der Sitzung eine schriftliche Beantwortung vorgelegt werden kann.

Herr Menzel ist mit Vorschlag einverstanden.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass immer die Möglichkeit besteht, von der Verwaltung eine Antwort zu erhalten.

Sie sagt zu, die Fragen von Herrn Menzel sowie die Antwort im Vorfeld der Sitzung schriftlich an die Ausschussmitglieder ausreichen.

Herr Jäkel bittet um Abstimmung über die vorliegende Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 2.1 **Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände an vorbereitenden Untersuchungen und Sanierungssatzungen**

Vorlage: 13/SVV/0138

Herr Menzel bringt die geänderte Fassung des Antrages ein und erläutert diese.

Kirsch weist darauf hin, dass „beteiligen“ auch „einbinden“ bedeutet. Er plädiert dafür, stattdessen den Begriff „informieren“ zu wählen.

Herr Rietz bittet um eine Aussage von Seiten der Verwaltung.

Herr Krampitz macht deutlich, dass sich an seinen Ausführungen zur ursprünglichen Fassung des Antrages nichts ändert.

Herr Menzel bittet um frühzeitigen Austausch von Informationen.

Frau Müller-Preinsberger weist darauf hin, dass der Antrag sehr unverbindlich ist und zu Auseinandersetzungen führen wird. Die bereits bestehenden Verfahren geben klare Regelungen ab, nach denen zu verfahren ist.

Herr Krampitz (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) macht nochmals deutlich, dass im Rahmen der Bauleitplanungen Umweltgutachten erstellt werden.

Herr Schütt stellt fest, dass das Beteiligungsrecht der anerkannten Verbände geregelt ist und auch eingehalten werden sollte. Er schlägt vor, den Antrag mit Verweis auf die rechtlichen Regelungen der Beteiligungen als erledigt zu erklären.

Herr Sterzel schließt sich dem an.

Herr Jäkel kann der geänderten Fassung so zustimmen. Er bittet um Abstimmung über die geänderte Fassung des Antrages.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt ab sofort bei vorbereitenden Untersuchungen und Erstellung von Sanierungs- und Entwicklungssatzungen die anerkannten Träger der Naturschutzverbände im Land Brandenburg zu beteiligen **in geeigneter Weise frühzeitig einzubeziehen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	2

zu 2.2

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
geänderte Fassung der Fraktion vom 19.03.2013

EU-Richtlinie "Konzessionsvergabe" nicht auf die Wasserversorgung anwenden

Vorlage: 13/SVV/0140

Herr Dr. Gunold bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Krause bringt den Änderungsantrag der Fraktion SPD ein und begründet diesen. Er macht dabei deutlich, dass die Kernaussage beibehalten bleibt, der Antrag nun auf die Kompetenz der SVV gekürzt ist.

Herr Schenke (Bereich Grün- und Verkehrsflächen) macht deutlich, dass die Beschlussfassung vom Kern her richtig ist. Der Änderungsantrag der Fraktion SPD ist formal das Richtige. Der Bundesrat hat am 01.03.2013 dazu einen Beschluss gefasst. Somit stellt der Änderungsantrag der Fraktion SPD den aktuellen Stand dar und sollte so beschlossen werden.

Herr Kirsch schlägt vor, den Punkt 3 aus Punkt II des Antrages der Fraktion DIE LINKE zu streichen oder entsprechend umzuformulieren.

Herr Wendt regt an, die Bürger aufzufordern, sich der europäischen Petition anzuschließen.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass auch im Punkt I eine Änderung erfolgen muss. Sie wirbt dafür, nicht nur die Wasserversorgung, sondern auch die Abwasserbeseitigung aufzunehmen.

Herr Dr. Gunold übernimmt den Vorschlag, den Punkt 3 aus Punkt II des Antrages zu streichen.

Herr Wendt schlägt vor, dass sich die Fraktion DIE LINKE mit der Fraktion SPD verständigt und zur SVV eine abgestimmte Fassung vorgelegt wird.

Herr Jäkel bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion SPD.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

Wasser ist ein Allgemeingut. Die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind wichtige Elemente der kommunalen Daseinsvorsorge. Im Rahmen der Daseinsvorsorge stellen die Kommunen eine ortsnahe und nachhaltige Ver- und Entsorgung sicher. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt Zielsetzungen, das Vergaberecht von Dienstleistungskonzessionen europaweit transparent zu regulieren, die sozialen Bedingungen einzubeziehen und Korruption zu bekämpfen. Gleichfalls gilt es, bewährte Strukturen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, der Umwelt und der kommunalen Selbstverwaltung zu bewahren und zu stärken. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Änderungen des Vorschlags der Europäischen Kommission, die Gefahr einer schleichenden Öffnung der Wasserver- und Entsorgung für einen reinen Wettbewerbsmarkt auszuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 2.3

Fraktion DIE LINKE
Prioritätenliste Winterreinigung

Vorlage: 13/SVV/0169

Herr Dr. Naumann bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Woiwode (FB Grün- und Verkehrsflächen) führt aus, dass der Winterdienst in der LHP so organisiert ist, dass die erste Räumung zum Berufsverkehr erfolgt ist. Sie macht deutlich, dass es immer wieder Optimierungsmöglichkeiten gibt. Anschließend weist Frau Woiwode darauf hin, dass die Haltstellen durch den ViP vom Schnee befreit werden.

Straßenübergänge sind als Knotenpunkte im Plan der STEP enthalten. Hier gibt es eine Tourenoptimierung. Sie bittet um Information über Kreuzung, bei denen es zu enormer Kritik gekommen ist, um darauf reagieren und dies optimieren zu können.

Bezüglich der Winterreinigung auf Behindertenparkplätzen macht sie darauf aufmerksam, dass in der gesamten LHP verteilt ca. 150 bis 180 Behindertenparkplätze vorhanden sind. Diese sind noch nicht in die Prioritätenliste aufgenommen. Frau Woiwode sagt zu, die Liste den Stadtverordneten nach der Erstellung zur Verfügung zu stellen.

Herr Wendt findet das Thema Behindertenparkplätze sehr wichtig.

Herr Kirsch weist darauf hin, dass eine Stadt nur lebenswert ist, wenn man sich auch im Winter dort bewegen kann.

Er lobt die Verwaltung, da diese schon auf einem guten Weg ist.

Frau Müller-Preinesberger schlägt vor, dass was prioritär belegt ist, im KOUL-Ausschuss vorzustellen und Hinweise aufzunehmen. Sie macht nochmals darauf aufmerksam, dass

die Haltestellen durch die ViP gereinigt werden.

Frau Müller-Preinesberger macht aber auch auf das Problem der Gehwege hin, die durch die Anlieger gereinigt werden müssen. Dies muss alles im Gesamtkontext betrachtet werden.

Herr Jäkel teilt mit, dass die STEP entsprechende Tourenpläne sowie eine Prioritätenliste hat, die mit der Stadt abgestimmt sind.

Er schlägt folgende **Veränderung des Antrages** vor:

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, für den kommenden Winter **die erarbeitete** Prioritätenliste **vorzustellen**, welche...“

Die Antragsteller übernehmen diese Änderung.

Herr Jäkel bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, für den kommenden Winter **die erarbeitete** eine-Prioritätenliste **vorzustellen** ~~zu erarbeiten,~~ welche

- Haltestellen,
- Straßenübergänge und
- Behindertenparkplätze

unverzüglich bei Schneefall und Eisglätte zu reinigen (abzustumpfen) sind, um älteren und insbesondere behinderten Menschen, aber auch Eltern mit Kinderwagen die Teilnahme am öffentlichen Leben auch bei winterlichen Witterungsverhältnissen zu ermöglichen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist zur Sitzung am 4. 9. 2013 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 2.4

Fraktionen Potsdamer Demokraten, DIE LINKE, BürgerBündnis

Ordnung und Sauberkeit am Schlaatz

Vorlage: 13/SVV/0194

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) schildert die Situation vor Ort und informiert, dass das Wohngebiet Schlaatz ein Kontrollschwerpunkt des Außendienstes ist. Seit Beginn des Jahres wurde hier 50 Bürgerhinweisen nachgegangen. Dabei konnten 11 Verstöße gegen die Anliegerpflichten festgestellt und an die Bußgeldstelle weitergeleitet werden.

Es gibt auch regelmäßige Hinweise zu Verunreinigungen über das Märkerportal im Internet. Diese werden sofort abgearbeitet. Die angesprochene Problematik der Abfallbehälter ist bekannt.

Die städtischen Papierkörbe werden durch das Grünflächenamt betreut und wöchentlich geleert. Bei außerordentlichem Müllaufkommen erfolgt bedarfsgerecht eine weitere Leerung.

Immer häufiger wird festgestellt, dass in den Behältern rechtswidrig Hausmüll entsorgt wird. Hier ist die Verwaltung um Aufklärung bemüht, aber auch auf die Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen.

Die angesprochenen 30 Papierkörbe und 18 Hundetoiletten, die seit Anfang Januar 2013 für Beschwerden im Wohngebiet Schlaatz sorgen, wurden von der Pro Potsdam über das Projekt Stadtsuren in einer Leichtbauweise im Dezember 2012 aufgestellt. Die Zuständigkeit für die Pflege und Wartung dieser Papierkörbe liegt ebenfalls bei der Pro

Potsdam.

Einige Papierkörbe und Hundetoiletten sind leider wieder vorsätzlich zerstört worden. Der Pro Potsdam ist dieser Sachverhalt bekannt und es wird gemeinsam mit der Landeshauptstadt Potsdam an einer ganzheitlichen Lösung des Problems der Papierkörbe und Hundetoiletten im Wohngebiet Schlaatz gearbeitet.

Eine Reihe von Maßnahmen, wie u.a. verstärkte Kontrollen der Mitarbeiter des Außendienstes zu Fragen der Hundehalterverordnung, der Erfüllung von Anliegerpflichten sowie der Einhaltung der Stadtordnung sollen dazu beitragen, dass die Verunreinigungen auf ein Mindestmaß reduziert werden. Das gleiche Ziel soll auch durch Aufklärungsarbeit gegenüber der Bürgerschaft erreicht werden. Zahlreiche Bereiche der Stadtverwaltung arbeiten hier eng mit den Wohnungsbaugenossenschaften zusammen.

Eine Begehung des Wohngebietes Schlaatz durch das Ordnungsamt wird aus den genannten Gründen nicht als erforderlich angesehen.

Frau Krüger merkt an, dass nicht nur der Schlaatz diesbezüglich betroffen ist. Aus ihrer Sicht ist es stigmatisierend, sich explizit auf den Schlaatz zu konzentrieren.

Herr Dr. Gunold macht deutlich, dass die Bürger bei dieser Begehung einbezogen werden sollen, um eine Verbesserung der Situation zu erzielen.

Frau Kluge weist darauf hin, dass die Verunreinigungen durch die dort Wohnenden erfolgen. Sie bestätigt, dass dies nicht nur am Schlaatz so ist und schlägt vor, einen entsprechenden Appell an die Bürger zu richten.

Herr Rietz spricht sich grundsätzlich für eine Bürgerbeteiligung aus. Er selbst hat aber die Erfahrung gemacht, dass diejenigen, die zu Putzeinsätzen und Begehungen kommen, nicht diejenigen sind, die Verunreinigungen verursachen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet Herr Jäkel um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass im Frühjahr 2013 eine Begehung des Wohngebietes Schlaatz durch das Ordnungsamt durchgeführt wird. Dazu sollten Bewohner des Wohngebietes eingeladen werden. Ziel ist es, ausgehend von einer starken Kritik an der Ordnung und Sauberkeit im Wohngebiet, den konkreten Zustand festzustellen und notwendige Maßnahmen einzuleiten. Dazu gehören z. B. der Zustand der Abfallbehälter, verschiedene Sperrmüllecken usw.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 7

Stimmenthaltung: 2

Somit wird der Antrag nicht zum Beschluss empfohlen.

zu 2.5 Fraktion DIE LINKE
Spiegel an Ampelmasten
Vorlage: 13/SVV/0208

Herr Rietz bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Woiwode (FB Grün- und Verkehrsflächen) verweist auf das Pilotprojekt, das derzeit in Münster durchgeführt wird zu dem aber bisher noch keine Erkenntnisse vorliegen. Sie macht deutlich, dass das Anbringen der Spiegel eine freiwillige Leistung der LHP wäre. Die LHP möchte vor der Anbringung der Spiegel sicherstellen, dass die auch definitiv mehr Sicherheit bringt. Deshalb sollte das Ergebnis des Pilotprojektes in Münster abgewartet werden.

Sie bittet, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Herr Rietz erklärt sich mit der Umwandlung in einen Prüfauftrag einverstanden.

Herr Jäkel bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass Pilotprojekt der Stadt Münster, für die zusätzliche Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern an Kreuzungen Spiegel an den Ampelmasten anzubringen, die Lastwagen-, Bus- und Autofahrern einen besseren Überblick über das Verkehrsgeschehen geben und Verkehrsteilnehmer im Toten Winkel sichtbar machen, auszuwerten und eine Übertragbarkeit auf die LHP zu prüfen und die SVV noch im Jahr 2013 ggf. mit einem Zwischenbericht zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Fraktion CDU/ANW
zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße
Vorlage: 13/SVV/0113
Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
zu 3.2 Fahrplankorrektur RE 1
bzgl. DS 13/SVV/0021
Vorlage: 13/SVV/0150

Herr Jäkel verweist auf den Beschluss 13/SVV/0021, die derzeit systemfremd weggelassenen Halte des RE 1 in den Potsdamer Bahnhöfen Charlottenhof 16:10 Uhr und 17:10 Uhr wieder einzurichten. Er macht darauf aufmerksam, dass es diese Halte bis 15:10 Uhr und ab 18:10 Uhr bis Betriebsschluss derzeit gibt. Aus seiner Sicht ist die Antwort der Verwaltung enttäuschend.

Er schlägt daher vor, für den Ausschuss einen Brief an das MIL verfassen, in dem der Adressat über den Sachverhalt informiert und gebeten wird, sein Verhalten zu überdenken.

Herr Krampitz (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) erklärt, dass dies im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Talent II-Züge steht, die aufgrund der ausfahrbaren Rampen eine längere Haltezeit haben muss.

Er informiert, dass es weitere Gespräche gegeben hat. Im Rahmen der Überprüfung der Fahrpläne sind Korrekturen möglich. Zu einer Zeitschiene können noch keine Aussagen getroffen werden.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass es sich hierbei nicht um Talent II-Züge handelt.

Gegen den Vorschlag von Herrn Jäkel, einen Brief an das MIL zu verfassen, erhebt sich kein Widerspruch.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Berichte und Informationen

zu 4.1 Bericht über geplante Baumpflanzungen im Frühjahr 2013

Herr Claes (Bereich Grünflächen) verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen ausgereichte Liste über die geplanten Baumpflanzungen im Frühjahr 2013. Mit der Liste sollen die Ausschussmitglieder über die umfangreichen Pflanzungen informiert werden. Er teilt mit, dass für den Herbst 2013 weitere Baumpflanzungen in vergleichbarem Umfang geplant sind. Der Ausschuss wird darüber voraussichtlich im September in Kenntnis gesetzt.

Herr Menzel weist darauf hin, dass in Groß Glienicke 17 Bäume gefällt wurden.

Herr Claes erklärt, dass in der Seepromenade im Rahmen der Baumaßnahmen Fällungen erforderlich waren. Hier wird nachgepflanzt.

Herr Menzel fragt, ob es eine Anwachs- und Pflegegarantie gibt.

Herr Claes betont, dass grundsätzlich bei allen Pflanzungen dreijährige Pflegeversicherungen vereinbart werden.

zu 4.2 Information zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners in der LHP

Herr Claes (Bereich Grünflächen) verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen schriftlich ausgereichte Information zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners in der LHP. Er erklärt, dass neben dem Absaugen der vorgefundenen Nester nun auch der Einsatz von Dipel ES nach Pflanzenschutzrecht erfolgt. Die Forsten werden in erheblichem Umfang ihre Bestände überfliegen. Im Vorfeld wird eine umfangreiche Information der Bevölkerung erfolgen.

Bei einer Zulassung von Dipel ES nach Biozidrecht können auch die Allen besprüht werden.

zu 4.3 Information zur Befragung zur Straßenreinigung

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) informiert, dass im Rahmen der Befragung zur Straßenreinigung gemäß Beschluss der SVV Nr. 12/SVV/0726 vom 05.12.2012 vor 2 Wochen ca. 2.450 Anlieger angeschrieben wurden. Als Frist für die Rückäußerung wurde der 15.05.2013 festgelegt. Voraussichtlich Ende Mai 2013 können konkrete Aussagen getroffen werden.

zu 4.4 Verkehrssicherheit Ausfahrt Möbelhaus PORTA

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) nimmt Bezug auf den Antrag 13/SVV/0124 „Verkehrssicherheit auf der Neuendorfer Straße an der Ausfahrt des Parkplatzes des Porta-Möbelhauses“ und teilt mit, dass die Beteiligten in einer verwaltungsinternen ämterübergreifenden Abstimmung zu dem Schluss gekommen sind, ein externes Ingenieurbüro zu beauftragen, den Sachverhalt umfassend im Rahmen einer verkehrstechnischen Untersuchung zu prüfen.

Sobald das Gutachten vorliegt, wird der KOUL-Ausschuss unaufgefordert informiert.

Herr Dr. Naumann informiert, dass Hintergrund des Antrages ein schwerer Unfall war, bei dem mehrere Kinder verletzt wurden.

zu 5 Sonstiges

Herr Menzel bittet um Informationen zu den Planungen auf dem Plattner-Gelände im Uferbereich des Jungferensees. Nach seinen Informationen sollen hier zahlreiche Baumfällungen erfolgen. Er macht deutlich, dass er hier Informationsbedarf hat und dazu von Seiten des Entwicklungsträgers im Rahmen einer Ausschusssitzung informiert werden möchte. Ggf. könnte dazu auch ein Ortstermin durchgeführt werden.

Herr Kirsch empfiehlt Herrn Menzel, einen bilateralen Termin mit dem Sanierungsträger zu vereinbaren. Er spricht sich dagegen aus, dies im Ausschuss zu beraten.

Frau Müller-Preinesberger bittet Herrn Menzel, dazu einen entsprechenden Antrag in die SVV einzubringen, um dies sachlich und angemessen vorzubereiten.

Abschließend weist Herr Jäkel auf die als Tischvorlage ausgereichte Liste der Baumfällungen hin.

Nächster Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung: 16. Mai 2013, 18:00 Uhr